



Pressemeldung

Nr. 35 vom 20.09.2017

Seite 1 von 1

Kathleen Bärs

Stellv. Pressesprecherin

Postanschrift: Glinkastraße 24, 10117 Berlin

Dienstgebäude: Kapelle-Ufer 2, 10117 Berlin

Tel +49 (0)3018555-1565

Fax +49 (0)3018555-41565

kathleen.baers@ubskm.bund.de

www.beauftragter-missbrauch.de

Twitter: @ubskm_de

„Kindern eine Stimme geben“ - Statement Missbrauchsbeauftragter anlässlich Weltkindertag am 20. September 2017

Berlin, 20.09.2017. Anlässlich des Weltkindertages unter dem Motto „Kindern eine Stimme geben“ mahnt der **Unabhängige Beauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, Johannes-Wilhelm Rörig:**

„Kindern eine Stimme geben“ heißt auch, dass es Erwachsene braucht, die diese Stimmen hören und entsprechend handeln. Das gilt für die Umsetzung von Teiligungsrechten genauso wie beim Kinderschutz. Bei sexueller Gewalt wissen viele Kinder und Jugendliche nicht, an wen sie sich wenden können. Eltern und Fachkräfte erkennen die Signale von betroffenen Mädchen und Jungen häufig nicht oder wissen nicht, wie sie helfen können. Auch am Weltkindertag muss darauf hingewiesen werden, dass das Sprechen über sexuelle Gewalt in unserer Gesellschaft noch immer aus Angst und Scham für viele unmöglich ist, obwohl jedes Jahr tausende von Mädchen und Jungen sexueller Gewalt ausgesetzt sind. Dieses gesellschaftliche Schweigen muss überwunden werden. Wir haben jährlich rund 12.000 angezeigte Fälle von Kindesmissbrauch. Das Dunkelfeld ist um ein Vielfaches höher. Wir müssen davon ausgehen, dass in jeder Schulklasse mindestens ein bis zwei Kinder betroffenen sind. Dennoch wird von Politik und Gesellschaft noch immer viel zu wenig getan, um Kinder und Jugendliche dauerhaft und wirksam vor sexueller Gewalt – auch durch die digitalen Medien - zu schützen. Deutschland muss endlich dahin kommen, dass in Kitas und Schulen, in Sportvereinen, Freizeiteinrichtungen oder Arztpraxen alle Verantwortlichen befähigt werden, zu wissen, wie sie bei Vermutung oder Verdacht handeln können. Dazu braucht es dauerhafte Prävention und personelle und finanzielle Ressourcen. Um dies zu gewährleisten, muss der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt systematisch ausgebaut und endlich ins Zentrum politischer Entscheidungen gerückt werden.“